

Bericht aus Berlin



CDU
Armin Schuster

Planungssicherheit bei Integration **Kommunen erhalten Unterstützung ab 2018**

Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen beschlossen. Die Kommunen erhalten mit diesem verabschiedeten Gesetz Planungssicherheit. Das ist wichtig sowohl hinsichtlich der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration, als auch hinsichtlich der Kommunalunterstützung durch den Bund ab dem Jahr 2018. Der Bund hat zugesagt, die Integration für die Jahre 2016 bis 2018 mit sechs Milliarden Euro zu unterstützen. Zusätzlich übernimmt der Bund die Mehrausgaben bei den Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge. Das ist ein weiterer Beleg, dass die unionsgeführte Bundesregierung ihre kommunalfreundliche Politik konsequent fortführt. Ziel der Kommunalunterstützung durch den Bund ab 2018 ist es, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken. Es ist jetzt Aufgabe der Länder, dass die Bundesmittel nicht in den Landeshaushalten versickern, sondern den Kommunen direkt zur Verfügung gestellt werden.



Sehr geehrte Damen und Herren,
kommende Woche trifft sich die CDU zum Bundesparteitag in Essen. Der Leitantrag des Bundesvorstands und auch die Vorschläge des CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl gehen eindeutig in die richtige Richtung. Sie fokussieren allerdings stark auf die Frage, wie wir abgelehnte Asylbewerber noch konsequenter abschieben. Das ist richtig, betrifft aber nur diejenigen, die bereits im Land sind und nicht hierbleiben können. Mit geht es auch um diejenigen ohne Bleibeperspektive, die noch kommen werden. Alle, bei denen von vornherein feststeht, dass Sie wahrscheinlich nicht als Asylbewerber oder Flüchtlinge anerkannt werden, könnten in Transitzentren in Grenznähe noch vor der Einreise ein Schnellverfahren durchlaufen. Fällt dieses negativ aus, würden sie direkt von dort zurückgeführt werden können. Ergibt sich ein Schutzbedarf, würden sie in ein normales Asylverfahren überführt. An den Flughäfen funktioniert ein ähnliches Verfahren seit Jahren reibungslos. Wir sollten solche Transitzentren jetzt unmittelbar einrichten und nicht nur als künftige Option sehen wie im Leitantrag. Einen dementsprechenden Antrag werde ich auf dem Bundesparteitag gemeinsam mit Kollegen stellen, die den Vorschlag unterstützen. Es ist nämlich alles andere als human, Menschen ohne Bleibeperspektive durch monatelange Aufenthalte oder gar durch widerrechtliche Duldungen vorzugaukeln, sie könnten in Deutschland bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Armin Schuster

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag für den
Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227-71005
Fax: 030 227-76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621-4258033
Fax: 07621-4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Bericht aus Berlin vom 02.12.2016

Zuwanderung "steuern und begrenzen"



Armin Schuster im Gespräch mit Christine Heuer vom Deutschlandfunk. Das Interview vom 30.11.2016 in voller Länge finden Sie [hier](#).

Gespräch mit dem THW Schopfheim



Am 25.11.2016 traf Armin Schuster Herrn Markus Stibi und zwei Helfer vom THW Schopfheim zu einem Gespräch im Berliner Büro.

Bildungsreise nach Berlin



Auch dieses Jahr wurde wieder eine Berlinreise vom Büro Armin Schuster für Selbstzahler angeboten. Die Teilnehmer der politischen Bildungsreise trafen zum Abschluss Armin Schuster im Paul-Löbe-Haus zu einem ausführlichen Gespräch.

+++++++Kurz berichtet+++++++

Bundesteilhabegesetz – BTHG

Ziel dieses Gesetzes ist die gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen zu stärken. Hierzu wurde diese Woche in zweiter und dritter Lesung die Reform des Neunten Sozialgesetzbuches beschlossen. Die Regelungen zur Eingliederungshilfe wurden dabei komplett neugefasst. Fachleistungen der Eingliederungshilfe werden damit künftig klar von Leistungen zum Lebensunterhalt getrennt und finanziert.

Weiterbildungsveranstaltung der Freiburger Reservisten



Armin Schuster war am 26.11.2016 als Referent bei den Freiburger Reservisten zum Thema „Flüchtlingskrise – Wie schaffen wir das? Maßnahmen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik“ eingeladen.

Zu Gast in Berlin



In der letzten Woche traf Armin Schuster Frau Anne-Sophie Geißler, Mitglied im CDU-Stadtverband Heitersheim, in Berlin (hier gemeinsam mit Peter Altmaier vor der Fraktionssitzung).

+++++++Terminhinweise+++++++

3. Dezember, ab 11 Uhr: Losverkauf „Hilfe zum Helfen“ auf dem Weihnachtsmarkt Lörrach

19. Dezember, 10:00 Uhr: Politisches Adventfrühstück der Frauen Union Staufen. Wo? Staufen, Stubenhaus